

Die politische Bethätigung der Arbeiterschaft steuert also im Wesentlichen, wie wir gesehen haben, auf folgende grosse Ziele zu: auf die Beschränkung der staatlich autoritären Herrschaftsmittel, auf die Befreiung der Individuen und der von ihnen gebildeten wirthschaftlichen Vereinigungen von staatlichen Fesseln und Hemmnissen, auf die Uebertragung staatlicher Funktionen auf Selbstverwaltungskörperschaften.

Die Kultivirung hochwertiger Gemeininteressen hängt ferner nicht allein vom Staate ab. Mann kann sich eine vorzügliche Pflege aller möglichen ökonomischen und moralischen Interessen vorstellen, ohne dass der Staat in alle diese Angelegenheiten grob hineinredet und hineinreglementirt. In der Geschichte haben früher wirthschaftliche Korporationen, wie Zünfte und Markgenossenschaften vortrefflich für das Gemeininteresse gesorgt, ohne auf Schritt und Tritt vom heiligen Staate berathen zu werden. Und in der Zukunft können grosse ökonomische Genossenschaften, umfassende Schulverbände, freie Universitäts- und Museumsgesellschaften, starke kommunale Selbstverwaltungskörperschaften den grössten Theil der heutigen Staatsthätigkeit absorbiren.

Die Sozialdemokratie in Ostpreussen.

Von

Otto Braun.

(Königsberg.)

Die Reichstagswahl am 16. Juni d. J. hat der Sozialdemokratie, wie zu erwarten war, wieder eine gewaltige Vermehrung ihrer Stimmen gebracht. Um ca. 19 % haben sich die sozialdemokratischen Stimmen im ganzen deutschen Reiche vermehrt. Einen geradezu riesigen Aufschwung hat die Sozialdemokratie in Ostpreussen, der entgegengsten Provinz Preussens, der bisher sichersten Domäne der Konservativen, genommen. Von 23 336 Stimmen im Jahre 1893 ist die Stimmzahl auf ca. 44 000 bei der letzten Wahl gewachsen, was eine Vermehrung um fast 90 % bedeutet. Was diese Vermehrung der Stimmen noch bedeutungsvoller erscheinen lässt, ist die Thatsache, dass sie zumeist auf dem flachen Lande abgegeben sind, d. h. in Gebieten, wo die Kanitze und Mirbache herrschen, und die bisher noch von den Konservativen als der Damm bezeichnet wurden, der dem Vordringen der Sozialdemokratie ein Halt gebieten sollte.

Wenn man aber die Bedeutung des sozialdemokratischen Wahlerfolges in Ostpreussen recht würdigen will, dann darf man vor Allem die Schwierigkeiten, die der Agitation und der Ausübung des Wahlrechts selbst gemacht werden, nicht ausser Acht lassen. Der § 43 der Gewerbeordnung war den behördlichen Organen meist ein Novum. Die Gendarmen, Amtsvorsteher, Bürgermeister in kleinen Städten und Alles, was sich zum Bütteln berufen fühlte, inhibirten die Vertheilung unserer Flugblätter, konfiszirten dieselben und steckten unsere Vertheiler oft noch in die Dorfklause. Auf Beschwerde beim Minister des Innern erfolgte vom Regierungspräsidenten am Tage nach der Wahl der prompte Bescheid, dass die Beamten mit den entsprechenden Weisungen versehen seien. Aber auch wenn die Vertheilung glücklich vor sich gegangen war, dann wusste man sie theilweise dadurch illusorisch zu machen, dass Gendarmen, Lehrer, Pfarrer, Ortsvorstand oder Gutsbesitzer von Haus zu Haus gingen und von den

Leuten Alles wieder abhollen. Erfolgte die Herausgabe nicht gutwillig, dann wurde sie auch mitunter durch Drohungen erzielt. So wurden z. B. im Wahlkreise Lyck-Johannisburg von Beamten systematisch die Stimmzettel aus allen Wohnungen herausgeholt. Wo die Leute nicht anwesend waren, liess man sich die Wohnungen durch die Kinder öffnen und stahl dann die sozialdemokratischen Zettel weg. Ein Lehrer in dem Kreise hat die Schamlosigkeit sogar soweit getrieben, dass er den Kindern anbefahl, ihren Eltern die sozialdemokratischen Stimmzettel zu entwenden und ihm abzuliefern. Diejenigen, die ihm keine Zettel brachten, misshandelte er in der rohesten Weise, so dass einzelne Kinder sogar einige Zeit bettlägerig krank lagen. Ein Gendarm stellte den Leuten $\frac{1}{2}$ Jahr Gefängniss in Aussicht, wenn sie sozialdemokratisch wählen würden.

Am wütesten wurde naturgemäss am Wahltage gewirthschaftet. Das Kaufen von Stimmen mit Schnaps ist ganz etwas Allgewöhnliches und fällt nicht weiter auf; ebenso das Versprechen und Drohen der Besitzer. Das Oeffnen der Stimmzettel nimmt ein grosser Theil der Wahlvorsteher als ein selbstverständliches Recht in Anspruch. Auch werden vielfach sozialdemokratische Zettel weggeworfen und durch konservative ersetzt.

Es ist zweifellos, würden die Wahlen regelrecht und dem Wahlgesetz entsprechend vor sich gehen, dann würde der Zuwachs der Stimmen in Ostpreussen bei der neulichen Wahl fast noch doppelt so gross gewesen sein, und mindestens noch 2—4 Mandate wären gewonnen. Doch mit den Beeinflussungen und Mogeleyen muss man hier auf dem Lande nun einmal rechnen und in Zukunft die Agitation danach einrichten.

Das Eine steht fest: die ostpreussische Bevölkerung hat am 16. Juni unverkennbar kund gethan, das sie nicht mehr willens ist, ruhig, ohne zu murren, den Konservativen Steigbügeldienste zu verrichten, sie hat die konservativen Hochburgen ins Wanken gebracht und den Junkern einen heillosen Schreck eingejagt. Für uns entsteht aus dem Ergebniss der Wahl aber die Pflicht, der Aufrüttelung am 16. Juni die Aufklärung folgen zu lassen, sonst dürften Rückschläge nicht ausbleiben.

Es ist eine ganz irrige Ansicht, wenn einzelne Genossen noch immer meinen, dass wir auf dem Lande ohne ein Extraprogramm, nach Schema Agrarprogramm seligen Angedenkens, in der Agitation nicht vorwärts kommen können. Ich habe bereits in Breslau seinerzeit auf dem Parteitag dieses Extraprogramm für überflüssig erklärt und empfohlen, Material über die Lage der ländlichen Bevölkerung zu sammeln und vor Allem recht tüchtig und planmässig mit dem Parteiprogramm auf dem Lande zu agitiren, dann werde der Erfolg nicht ausbleiben. Das Wahlergebniss in Ostpreussen hat mich nur in meiner Ueberzeugung bestärkt, dass für die Agitation auf dem Lande es viel mehr auf eine praktische, zähe, ununterbrochene Agitationsarbeit, als auf ein scharfsinnig ausgeklügeltes Landprogramm ankommt.

Wenn wir uns die wirthschaftliche Lage der ländlichen Bevölkerung des Ostens etwas näher betrachten, dann springt es ja in die Augen, dass diese Leute bei einigermaassen rühriger Agitation in Schaaren unserer Partei zugeführt werden können, und zwar ohne Agrarprogramm.

Vor Allem dominirt in Ostpreussen der Grossgrundbesitz. Weite Länderstrecken und ausgedehnte Waldungen befinden sich im Besitz einzelner Leute, die, auf ihren Besitz gestützt, einen fast unbeschränkten Einfluss ausüben. In

der lithauischen Gegend und in Masuren ist auch noch der Kleingrundbesitz nicht selten, doch leben diese Besitzer, von den wenigen Niederungsbauern abgesehen, unter ganz elenden Verhältnissen. Oft ernährt sie ihr Besitz nicht, und sie müssen noch als Freiarbeiter etwas verdienen gehen. Diese Leute sind oft schlechter gestellt als die Landarbeiter, insbesondere haben sie eine unsichere Existenz. Jede Missernte bedeutet für sie Noth und Entbehrung, und trifft das Unglück noch so, dass ihnen ein Stück Vieh, ein Paar Schweine oder gar das Pferd, wenn sie ein solches noch besitzen, eingeht, dann müssen sie wohl oder übel Geld aufnehmen auf ihren Besitz, vorausgesetzt, dass derselbe noch nicht zu stark belastet ist. Ist das Letztere der Fall, dann werden sie durch solch' unglückliche Zufälle oft an den Bettelstab gebracht.

Diese Bauern, die von früh bis spät auf das Angestregteste arbeiten müssen, um ihren Boden mit den unvollkommenen Geräthschaften, die ihnen nur zur Verfügung stehen, das zum Leben Nothwendige abzurufen, waren bisher die festeste Stütze der Konservativen. Doch das wird jetzt anders. Sie beginnen langsam zu merken, in wie unverschämter Weise sie von den Junkern wirtschaftlich übervorthelt und politisch genasführt werden, wie diese Herren zum grössten Theil die Kreis- und Schullasten von sich ab- und auf die Schultern der wirtschaftlich schwachen Bauern wälzen, denselben dafür aber keine entsprechenden Rechte im Kreistage einräumen. Die Freundschaft mit den Konservativen verwandelt sich zur Feindschaft und entwickelt sich bis zum bittersten Hass, wie es sich bereits in den Kreisen Memel-Heydekrug, Ragnit-Pillkallen und Labiau-Wehlau bei der letzten Wahl gezeigt hat. Nur mit grösster Mühe und zufolge der schamlosesten Wahlmache konnten die Konservativen die beiden letzteren Kreise gegen den Ansturm der Sozialdemokratie behaupten, Labiau-Wehlau sogar erst nach heissem Stichwahlkampf. In Memel-Heydekrug erlitten sie eine ganz empfindliche Niederlage; dort stimmten die Bauern zum Theil für den lithauischen Kandidaten oder für den Sozialdemokraten, dessen Stimmenzahl von 1800 auf über 3000 gestiegen ist. In Ragnit-Pillkallen, dem Wahlkreise des Grafen Kanitz, wo mindestens ca. 50% der Bevölkerung aus Kleinbauern besteht, stieg die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen gar von 225 auf 3540, und das trotz einer geradezu beispiellosen Wahlbeeinflussung. Unsere Flugblätter wurden beschlagnahmt, unser Kandidat, der Gutsbesitzer im Kreise ist, wurde seines Amtes als Mitglied des Schulvorstandes für die auf seinem Gut befindliche Schule enthoben, und das betreffende Schriftstück der Regierung als Flugblatt gedruckt im Kreise verbreitet. Das Aergste wurde aber von einem Kreisdelegirten, dem Vertreter des Landraths, geleistet. Dieser Herr liess ein von ihm unterzeichnetes gegen uns gerichtetes Flugblatt verbreiten, in welchem es an einer Stelle mit Bezug auf unser Flugblatt heisst: „Wer es übernimmt, ein solches Flugblatt zu verbreiten, verdient die allgemeine Verachtung, ihm gegenüber ist der Dieb ein Ehrenmann.“ Und an einer anderen Stelle giebt er folgende Anweisung: „In jeder Gemeinde haben die einflussreichen Besitzer die Pflicht, alle Gemeindeglieder zu bitten, sich zu einer Besprechung zu vereinigen. Es darf Niemand fortbleiben, und wer fortbleibt, giebt den Beweis, dass er schon von dem zersetzenden Gift ergriffen ist. Durch Handschlag müssen die Gemeindeglieder sich verpflichten, am 16. Juni zur Wahl zu erscheinen, um für den Grafen Kanitz die Zettel abzugeben. Wer sein Wort nicht hält, der wird sein Ansehen in der Gemeinde verlieren.“

Und trotz alledem das riesige Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen. Das beweist, dass unsere Ideen auch bei der kleinbäuerlichen Bevölkerung bereits Eingang gefunden haben; und das trotz des angeblich antikollektivistischen Bauernschädels.

Auch bei den Fischern, die in einzelnen Wahlkreisen einen nicht unbedeutenden Bestandtheil der Bevölkerung ausmachen, hat die Sozialdemokratie guten Boden gefunden. Diese Leute waren bis vor einigen Jahren politisch indifferent. Doch hat die Regierung durch Drangsalirungen bei Ausübung der Fischerei und andere Maassnahmen die Leute zum Nachdenken gebracht, und das Produkt dieses Nachdenkens ist, dass sie sich in grosser Zahl der Sozialdemokratie angeschlossen haben. Hauptsächlich werden die fischereiberechtigten Besitzer, deren Land am Haff liegt, durch die Ablösung der Fischereiberechtigung seitens der Regierung ins oppositionelle Lager getrieben.

Es ruht nämlich auf der Mehrzahl der am Haff gelegenen Besitzungen von altersher die Fischereiberechtigung, die vom jetzigen Besitzer ohne Weiteres ausgeübt oder verpachtet werden kann. Mit dem Tode des jetzigen Besitzers oder dem Verkauf des Grundstücks geht diese Berechtigung aber ohne Entschädigung an den Staat über, die erbberechtigten Nachkommen oder der neue Käufer haben nicht mehr die Berechtigung zum Fischen. Dadurch haben sich die sonderbarsten Verhältnisse herausgebildet. Das Rohr und das Schilf, welches am Strande wächst, gehört dem Besitzer, soweit sich seine Besitzung am Wasser erstreckt, das Wasser und die darin lebenden Fische aber sind fiskalisch. Da kommt es denn nun nicht selten vor, dass der Besitzer vom Fischmeister am Schneiden seines Rohres und Schilfes gehindert wird, damit die fiskalischen Fische nicht gestört werden. Dass derartige Zustände keine regierungsfreundliche Stimmung erzeugen, liegt auf der Hand. Während der Vater noch ohne Weiteres fischereiberechtigt war, muss der ihn beerbende Sohn, wenn das Besitzthum ihn durch die Landwirthschaft nicht ernährt, und er gezwungen ist, weiter Fischerei zu betreiben, sich von einem fischereiberechtigten Besitzer oder von der Regierung die Berechtigung pachten. Eine fiskalische Pacht zu erhalten ist nun aber nicht so leicht, denn die Regierung verpachtet nur an „würdige“, ihr genehme Leute die Berechtigung zum Fischen. Was das in Preussen heissen will, ist bekannt. Deshalb besteht auch der grösste Theil der Fischer aus Pächtern, die von Privatberechtigten die Fischerei gepachtet haben. Diese Leute haben bei der gefährvollen und anstrengenden Arbeit keinen zu hohen Verdienst, da die Pacht und Abgaben nicht zu niedrig bemessen sind. Ja, sie werden von vielen fischereiberechtigten Besitzern geradezu schamlos ausgebeutet. Sie verlangen deshalb, dass der Staat Jedem, der sich darum bewirbt, die Berechtigung zum Fischen ohne Weiteres verpachtet, damit sie von den berechtigten Besitzern, die selbst nicht fischen, sondern verpachten, nicht ausgebeutet werden.

Das Hauptkontingent zur ländlichen Bevölkerung in Ostpreussen und deshalb auch zur Zahl der Wähler stellen ja zweifellos die Landarbeiter. Sie haben auch den Hauptantheil an der Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen.

Der ostpreussische Landarbeiter lebt im Allgemeinen unter den elendesten Verhältnissen. Ob Knecht, Instmann oder Freiarbeiter, er ist wirthschaftlich im Durchschnitt nicht so gestellt, dass er vernunftgemäss als Mensch leben kann; dazu kommt noch, dass er rechtlich zum Staatsbürger zweiter Klasse degradir ist. Das Recht, was jedem anderen Arbeiter, wenigstens gesetzlich,

gewährleistet ist, seine Arbeitskraft so theuer wie möglich zu verkaufen, d. h. jede günstige Konjunktur auszunützen, um eine Erhöhung des Lohnes zu erzielen, hat der Landarbeiter nicht. Verabredet er sich mit seinen Kollegen, um gemeinsam vom Arbeitgeber einen höhern Lohn und bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen, dann wird er bestraft. Bleibt er einen Tag von der Arbeit fort, dann wird er bestraft. Arbeitet er nicht so lange, wie der Herr es wünscht, dann wird er bestraft. Sind die Strafen nicht in Geld einzuziehen, was meist der Fall ist, dann muss er ins Gefängnis.

Der ostpreussische Landarbeiter erhält jährlich einen Lohn von ca. 250—300 Mk., wie die Landwirthschaftskammer für Ostpreussen festgestellt hat, und dieser wird zum grössten Theil in Naturalien gezahlt. Was dafür die Herren Agrarier verlangen, erhellt aus folgendem Kontrakt, der typisch für die Verhältnisse der Landarbeiter ist, da er in Ostpreussen mit mehr oder weniger zumeist ganz unwesentlichen Abänderungen überall besteht.

Kontrakt:

Zwischen dem Gutsbesitzer Herrn Lieutenant N. N. und dem Instmann P. P. wird folgender Kontrakt vereinbart:

1. P. P. zieht am 1. Oktober 1897 als Instmann in Z. an und hat drei gesunde Arbeiter über 16 Jahre zu stellen und zwar: der Mann und zwei kräftige Scharwerker nicht unter 16 Jahren. Alle Arbeiter haben zu jeder Arbeit, zu der sie vom Gutsherrn oder dessen Stellvertreter bestellt werden, pünktlich und mit eigenem Handwerkszeug, das stets in guter Beschaffenheit sein muss (nach Ermessen und Bestimmung des Gutsherrn), zu erscheinen und stets pünktlichen Gehorsam zu leisten.

2. Für diese Leistungen erhält der Mann pro Tag 30 Pfg., der erste Scharwerker 20 Pfg., der zweite 25 Pfg., und alle Drei für jeden Tagelohnstag $\frac{1}{4}$ Liter Brodgetreide. Beim Dreschen erhalten die etatsmässigen vier Instleute folgenden Verdienst: Von der Maschine den 13. und beim Flegeldrusch den 10. Scheffel resp. Zentner. In diesen Akkord ist einbegriffen: das Aufmessen des Getreides und Reinmachen desselben, das Auf- und Umsetzen der Maschine, die ausreichende Besetzung der Maschine, das Wegschaffen des Strohes und der Spreu und Reinigen der Tenne.

3. Sonstige Akkordarbeiten werden nach Bestimmung des Gutsherrn bezahlt.

4. An Hausthieren kann er sich halten: 1 Kuh, 3 Schweine und 10 Hühner und erhält zur Fütterung im Winter 1 vierspänniges Fuder Heu oder Grummet, Stroh und Spreu nach Bedarf und Vorrath nach Bestimmung des Gutsherrn. Im Sommer freie Weide für 1 Kuh oder bei nicht Kuhhaltung im Winterhalbjahr 2 und im Sommerhalbjahr 3 Liter frische Milch.

5. An Brennmaterial 3000 Press- oder 4000 Streichtorf, den er sich selbst trocken machen muss, 3 Stoss Stubben, 3 Stoss Strauch oder den Geldwerth in anderer Holzart. Bei Mehrbedarf werden ihm Stubben zum Selbstroden angewiesen. Er darf jedoch weder Futter, noch Stroh, noch Brennmaterial aus dem Gute bringen resp. verkaufen.

6. Der Instmann bezahlt die auf ihn und seinen Scharwerker fallenden Beiträge zur Alters- und Invaliden-Versicherung selbst, welche ihm bei der monatlichen Löhnung, die bis zum 15. jeden Monats erfolgt, abgezogen wird. Bleibt er länger als ein Jahr, so wird ihm der auf seine Person fallende Beitrag bei Kredit-Kasse N. N. auf Sparkassenbuch angelegt.

7. Die Kündigung hat am 1. April zu erfolgen, wird dieser Termin mit Stillschweigen übergangen, so gilt der Vertrag für das nächste Jahr verlängert.

8. Für geleistete Fuhrwerke zum Anzuge ist nach 1 Jahr 5 Mk., nach 2 Jahren 2,50 Mk. pro Gespann zu bezahlen.

9. Er erhält unentgeltliche ärztliche Behandlung, doch muss er Medikamente bezahlen.

10. Kartoffelacker erhält er 50 Ruthen am Hause, 130 Ruthen im Felde.

11. Die Frau muss in dringender Zeit zur Rübenpflanzen-Ernte und im Winter zu häuslichen Arbeiten auf Bestimmung kommen und erhält 50 Pfg. Tagelohn.

12. Ist P. P. säumig in Erfüllung seiner Pflichten, oder lässt er sich Grobheiten und Widersetzlichkeiten gegen seine Vorgesetzten zu Schulden kommen, so steht es dem Dienstherrn frei, entweder für jeden einzelnen Fall eine Strafe bis 3 Mk., welche bei der

nächsten Lohnzahlung berichtet wird, festzusetzen, oder den Vertrag aufzuheben und sofort des Dienstes zu entlassen. Tritt Dienstentlassung ein, oder verlässt er den Dienst innerhalb des Dienstjahres, so hat er nur den bis zum Tage des Austrittes fälligen baaren Lohn zu fordern, und alle andern Emolumente fallen fort. Insbesondere hat er keinen Anspruch auf Kartoffelacker und Saaten-Entschädigung. Es bleibt die Kartoffelernte bis zum Ausgraben Eigenthum des Herrn.

13. Stellt P. P. weniger als 3 Arbeiter, so wird der Verdienst an Getreide für jeden fehlenden Arbeiter mit einem Drittel gekürzt.

14. Die fälligen Steuern und Abgaben hat P. P. zu bezahlen.

15. P. P. stellt einen Melker, der monatlich abgewechselt wird, und erhält dafür 6 Mk pro Monat und 3 Pfg. pro 100 Liter Milchtantiemen.

16. Der Gutsherr ist berechtigt, mangelhaftes Handwerkszeug zurückzuweisen und auf Kosten des Instmannes anzuschaffen.

17. Im Winter hat die Frau Gespinst abzuliefern oder im Frühjahr 6 schlachtbare Keichel nach Bestimmung.

Ist aus dem streng militärischen Stil des obigen Kontrakts schon ersichtlich, wie mit den Leuten umgegangen wird, so zeigen es einzelne Bestimmungen der Verhaltensvorschriften, die ich hier auszugsweise wiedergeben will, ganz deutlich. Es heisst dort in den besonders interessanten Paragraphen:

2. Die Arbeitszeit im Sommer ist von fünf Uhr früh bis Sonnenuntergang. Im Winter von Hellwerden bis Abends, so lange draussen zu sehen ist.

3. Am Sonntag wird nur in dringenden Fällen in der Ernte gearbeitet. Dann ist aber Jeder verpflichtet zu erscheinen.

4. Das Arbeiten am Sonntag bei den Bauern in der Nachbarschaft ist bei Strafe von 15 Mk. verboten.

7. Die Leute haben ein durchaus ruhiges, anständiges Wesen zur Schau zu tragen und stets den Bestimmungen des Herrn und der Wirthschaftsbeamten nachzukommen. Zuwiderhandlungen werden durch Geldstrafen geahndet.

12. Wer bestraft ist oder wegen eines Vergehens in Untersuchung ist, hat dieses beim Engagement zu sagen.

13. Der Besuch der Schnaps-Budiken in dem benachbarten Dorf ist verboten. Wen ich öfters in den Budiken sehe oder angetrunken betreffe, wird mit Geldstrafe belegt oder sofort entlassen.

14. Es wird verlangt, dass die Familienmitglieder öfters zur Kirche gehen. Wenigstens einmal im Jahr zur Beichte.

Dieser Kontrakt mit seinen Verhaltensvorschriften wirft ein helles Licht auf die Verhältnisse und lässt Jeden erkennen, wie der ostpreussische Landarbeiter lebt. Noch deutlicher wird aber das Bild, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Naturalien, wie Weide und Acker, meist nicht von der besten Qualität sind. Die Wohnhäuser der Arbeiter machen schon von draussen besehen einen traurigen Eindruck. Der wahre Jammer enthüllt sich aber dem Auge erst, wenn man in die Höhlen eindringt. Ein pestilenzialischer Gestank schlägt dem Eintretenden entgegen, wenn er den einzigen Raum, der Küche, Schlaf- und Wohnraum vorstellt, betritt. Auf löcherigem Lehm Boden liegt Alles umher, Gebrauchsgegenstände, Kinder, und im Winter gar oft auch ein Schweinchen, wenn die Leute ein solches besitzen. In offenem Kamin wird gekocht, wobei der Raum oft in Rauch gehüllt wird, der durch das Fenster nicht einmal abziehen kann, da dieselben meist verstopft und vernagelt sind. Wie derartige Wohnräume in gesundheitlicher, wie sittlicher Beziehung auf Diejenigen, die hier ihr Leben verbringen müssen, einwirken, ist klar. Geistig, wie körperlich ist das Landproletariat herabgedrückt und würde vollends vernichtet werden, wenn nicht der Sozialismus dort bereits sein Werk begonnen hätte.

Und der Boden ist hier so ausserordentlich günstig für die sozialdemokratische Propaganda. Viel Unterlassungssünden sind hier gut zu machen.

Die ostpreussischen Landarbeiter bilden durch die Gleichartigkeit der wirthschaftlichen Verhältnisse, unter denen sie leben, eine feste kompakte Masse, die sich bei zweckmässiger, rühriger Agitation für die Partei gewinnen lassen. Sind sie einmal gewonnen, dann kann man sich auf sie verlassen. Jetzt lassen sie sich durch Verdummung und Gewalt in einzelnen entlegenen Kreisen noch als Schutzwall für die Hochburgen der Konservativen missbrauchen; aufgeklärt, unter dem Banner der Sozialdemokratie werden sie diesen Hochburgen die gefährlichsten sozialdemokratischen Sturmkolonnen werden.

Der Ausfall der letzten Wahl hat gezeigt, was Ostpreussen für die Sozialdemokratie zu leisten vermag, er hat aber auch gezeigt, was hier noch zu thun ist. In allen Kreisen, in denen wir feste Anhänger hatten, die sich, wenn auch nur in beschränktem Maasse, der Agitation widmen konnten, haben wir Riesenerfolge erzielt, wo das nicht der Fall war, waren unsere Erfolge geringer, wie z. B. in den entlegenen polnischen und ultramontanen Kreisen. Dort gilt es, Anhaltspunkte zu suchen, und zwar durch ein Wochen- oder Monatsblatt, welches, speziell für die Landarbeiter geschrieben, entweder sehr billig oder gar gratis sein muss, die Leute über die politischen Vorgänge auf dem Laufenden erhalten und über unsere Bestrebungen aufklären.

Geschieht das, widmet die Partei Ostpreussen mehr Aufmerksamkeit als bisher, dann kann sich diese Domäne der Konservativen bald in eine Hochburg der Sozialdemokratie verwandeln.

Die Sozialdemokratie in Oberschlesien.

Von
August Winter.
(Beuthen.)

In Bezug auf Oberschlesien und seine Fähigkeit zur Aufnahme und Fortentwicklung der sozialistischen Saat herrschten bis in das vergangene Jahr hinein unter allen Parteigenossen Deutschlands eigenartige falsche Vorstellungen. Selbst über den oberschlesischen Industriebezirk, der doch manchem urtheilsfähigen Parteigenossen bekannt war, wenigstens bekannter als das übrige agrarische Oberschlesien, urtheilte man ausnahmslos falsch. Trotz aller Statistik galt es für ausgemacht, Oberschlesien sei bis auf wenige an der österreichischen Grenze liegende Kreise — oft wurde auch diese Ausnahme nicht gemacht — ein durch und durch polnisches Gebiet; die Intelligenz seiner Bewohner sei die denkbar geringste, und für die sozialdemokratische Partei Deutschlands sei dort bis auf lange hinaus nichts zu holen. Diese Partei liess deshalb Oberschlesien sammt seinem Industriebezirk links liegen; sie fürchtete, den für die Agitation unter den polnischen Oberschlesiern aufzuwendenden Mitteln würden die Erfolge nicht entsprechen; auch fehlte es ihr anscheinend an den zur Agitation in Oberschlesien geeigneten Kräften.

Die Leistungen der polnischen sozialistischen Partei Deutschlands, der im Grossen und Ganzen Oberschlesien zur Bearbeitung überlassen wurde, schienen die allgemeine Meinung über Oberschlesien zu bestätigen; dasselbe thaten die Resultate der Reichstagswahlen, nach denen in einigen fast rein ländlichen, aber deutschen Kreisen unsere Partei bedeutend bessere Aussichten auf Erfolge zu haben schien, als in fast rein industriellen, aber polnischen Wahlkreisen.